

Beschluss des Schleswig-Holstein Rates am 23. Juli 2017 in Barmstedt:

„Geschlechtergerechtigkeit sprachlich wertschätzend statt ideologisch gestalten“

Die deutsche Sprache unterliegt seit jeher einem organischen Wandel. Das aktuelle Verständnis von Geschlechtern und Geschlechterrollen hat darauf einen prägenden Einfluss. Völlig unabhängig von der Frage, ob das Gefühl der Geschlechterzugehörigkeit individuell durch Physis oder Psyche bestimmt wird, stellt das Thema Geschlechtergerechtigkeit Politik und Gesellschaft vor Herausforderungen.

Geschlechtergerechtigkeit ist ein bereits durch das Grundgesetz benanntes Direktiv. In Art. 3 Abs. 3 GG heißt es: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, [...] benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Dieser Absatz beschreibt mehr als nur eine grundrechtliche Norm; er formuliert einen erreichten gesellschaftlichen Konsens.

Trotzdem kommt es im Alltag durchaus zu Diskriminierungen. Unter dem Begriff des *Genderns* wird durch die Sprachwissenschaft diskutiert, wie der Sprachgebrauch, unabhängig vom objektiven Gehalt der Aussage, geschlechtergerecht gestaltet werden kann.

So soll die Modifizierung des deutschen Sprachgebrauchs durch konsequente feminine Deklination und genuin maskulinen Substantiven durchgesetzt werden (der Student, die Studentin). Weitere Methoden bilden Wortneuschöpfungen und Sinnverschiebungen, die geschlechterneutral erfolgen (die Studierenden, Studix, Stu_dentin). Die Junge Union Schleswig-Holstein lehnt den Sinn einer konsequenten Feminisierung des deutschen Sprachgebrauchs ab und dass und das allein durch sprachliche Neuerfindungen und Sinnverschiebungen Diskriminierung adäquat bekämpft werden können.

In universitärer Forschung und Lehre ist das Thema gendergerechter Sprache präsent. Teilweise wird die Publikation von Forschungsergebnissen durch explizite Veröffentlichungsvorschriften, die vorsehen, dass Texte feminisierte Deklinationen enthalten, verhindert oder erschwert und Zensuren

wegen fehlender gendergerechter Sprache verschlechtert. Einen solchen Sprachmodifikationsdruck lehnt die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN komplett ab.

Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN:

- lehnt eine bedeutungsunabhängige Sprachmodifikation durch Feminisierung oder Wortneuschöpfung ab.
- lehnt insbesondere „Unisex-Bezeichnungen“ wie „Professorx“ ab.
- lehnt jede Form von staatlichem Sprachmodifikationsdruck ab.
- fordert im Sinne des geschlechtergerechten Sprachgebrauchs Positives beider Geschlechter herauszustellen und diese sinnvoll wertzuschätzen
- insbesondere bei Notenvergabesystemen